

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 15, 25. Juli 2002

Bildungszentrum Berlin e.V.

Falckensteinstraße 40, 10587 Berlin

Tel./Fax: 030 2611 62 49

Biz: 100 500 00/Kto.-Nr. 007001731

Einblicke

In der Klemme

Von Helmut Lölhöfel

Die Erwartungen an das von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung gemeinsam eingeleitete Verbotsverfahren gegen die NPD sind gemischt: Ablehnung, Skepsis, Hoffnung, Zustimmung. Der Ausgang des politisch und juristisch verwickelten Verfahrens bleibt riskant und ungewiss. Aber es hat die Entschlossenheit des Staates verdeutlicht, dass mit dem Vorgehen gegen die Rechtsextremen endlich Ernst gemacht wird.

Nun tritt das Verbotsverfahren in eine vorentscheidende Phase. Bis Ende Juli müssen die Innenminister der Länder dem Bundesverfassungsgericht eine Stellungnahme zur Rolle von Verbindungsleuten des Verfassungsschutzes innerhalb der NPD einreichen. Das Gericht erwartet „weitere Aufklärung“, ob und welche Bundes- und Landesvorstandsmitglieder der NPD seit 1996 „mit staatlichen Stellen kooperiert haben oder noch kooperieren“. Dieser Anspruch ist ebenso berechtigt wie die in der Öffentlichkeit gestellte Frage, ob die NPD von eingeschleusten Spitzeln gesteuert wurde. Seit herausgekommen ist, dass in den Verbotsanträgen Aussagen von V-Leuten als Beweise für die Verfassungswidrigkeit enthalten waren, ist solch ein Verdacht nicht abwegig.

Nun wird es also heikel. Die Innenminister der Länder rücken weitere Namen nur ungern heraus, weil dann die Quellen des Verfassungsschutzes enttarnt würden. Das Gericht besteht aber darauf, weil es diese Angaben braucht, um sicher urteilen zu können. Der Zwiespalt zwischen Interessen des Geheimdienstes und Anforderungen an höchstichterliche Urteile bringt das NPD-Verbotsverfahren in die Klemme.

Es hat keinen Sinn, die Verbotsanträge jetzt zurückzuziehen. Das wäre ein Sieg der Rechtsextremen und eine Pleite für alle, die ihn bekämpfen. Es muss alles daran gesetzt werden, das Verfahren zum Erfolg zu bringen. Dazu sind auch die Innenminister der Länder verpflichtet. Notfalls muss der Verfassungsschutz die Namen nennen.

Querverbindungen

Das sächsische Landeskriminalamt hat die militanten Hammerskins genauer ins Visier genommen. **Seite 1** ■

Schönhuber-Fan

REP-Bundestagskandidat in Nordrhein-Westfalen macht sich für die Einheit des rechtsextremen Lagers stark. **Seite 3** ■

„Einzeltäter“-These

Der Neonazi, der ein Attentat auf Frankreichs Staatspräsident Chirac verüben wollte, war Mitglied der Mégret-Partei. **Seite 7** ■

NS-Unrecht beseitigt

Die Regierungskoalition hat die NS-Deserteure jetzt rehabilitiert – 57 Jahre lang galten sie als vorbestraft. **Seite 9** ■

Ewiggestrige Kämpfer

Ex-Angehörige der 6. SS-Gebirgsdivision Nord verherrlichen heute noch den Nazismus und leugnen die Kriegsverbrechen. **Seite 10** ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Auf freiem Fuß**

Die Staatsanwaltschaft sieht Querverbindungen zwischen Hammerskins und Skinheads Sächsische Schweiz.

Einen „vollen Erfolg“ sieht der Sprecher des sächsischen Landeskriminalamts (LKA) Lothar Hofner in der gemeinsamen bundesweiten Aktion seines Hauses mit der Staatsanwaltschaft Dresden am 16. Juli gegen die Hammerskins. Denen wird neben dem Vertrieb von Nazi-Musik vorgeworfen, auch „mehrfach organisatorisch gewaltsam gegen Andersdenkende“ agiert zu haben und letztlich eine kriminelle Vereinigung zu betreiben. Im aktuellen sächsischen Verfassungsschutz-Bericht ist von derlei Gefährlichkeit noch nichts zu erfahren. Lediglich ein landesspezifischer Satz ist zu finden: „Im Freistaat Sachsen gibt es Anhänger der HAMMER-SKIN-Szene, die in Kontakt zu HAMMER-SKINS in anderen Bundesländern und dem Ausland (Schweiz, Tschechien, USA, Kanada) stehen.“

Die Schwerpunkte der Durchsuchungen von über 40 Adressen in sieben Bundesländern lagen in Thüringen und Sachsen. In Altenburg, wo fünf der insgesamt 29 Beschuldigten wohnen, wurden acht Wohnungen und zwei Firmen durchsucht. Was das Ergebnis anlangt, welches am nächsten Tag in Dresden zu sehen war, sah es waffentechnisch eher mager aus: Ein altes Luftgewehr, eine handelsübliche Schreckschusswaffe, etwas Munition und ein paar Würgehölzer. Daneben eine Hammerskin-Fahne, T-Shirts, Abzeichen, Mengen an Bildmaterial, einige hundert CDs. Es handele sich hier auch nur um die ersten Ergebnisse, war zu hören, die Aufdeckung der Strukturen. Nun stünde noch die Auswertung der beschlagnahmten Computer und Handys an, in welche Hofner große Erwartungen setzt.

Die Durchsuchung stehe nicht mit dem demnächst beginnenden Prozess gegen die Skinheads Sächsische Schweiz in Verbindung, hatte der LKA-Sprecher in einer ersten Stellungnahme mitgeteilt, um später zu ergänzen, seinem Amt lägen auch keine Hinweise auf eine Verbindung zwischen Hammerskins und SSS vor. Der berühmte Hammerskin Mirko Hesse aus dem selben Landkreis hatte nun allerdings in seiner Firma H.A. Records die Band „14 Nothelfer“ des bekannten SSSlers Torsten Sattelberg veröffentlicht. Hesse, verurteilt unter an-

derem wegen Volksverhetzung, sitzt derzeit eine Haftstrafe ab, die in diesen Tagen wohl auf Bewährung ausgesetzt wird.

Folgerichtig lag auch der Schwerpunkt der LKA-Arbeit in Sachsen, wo mit 20 der größte Anteil der Beschuldigten wohnt, neben kleineren Aktionen um Leipzig und Chemnitz, in mehreren Orten der Sächsischen Schweiz. Erstaunlich war lediglich, dass das Haus der Eltern, wo Hesse wohnte und seine zwischenzeitlich aufgelöste Firma betrieb, ein Ziel der Fahnder war, die wohl auch fündig wurden. Und dies trotz der Durchsuchung und massenhaften Beschlagnahme im Vorfeld des Prozesses gegen Hesse im vergangenen Jahr, dem unter anderem Produktion und Vertrieb der „Landser“-CD „Ran an den Feind“ vorgeworfen wurde.

Sollte der ehemalige Kleinunternehmer freikommen, erwarten ihn nicht nur Freunde. Auch in Folge seiner Aussagen gab es einige staatliche Aktionen, so gegen die Gruppe „Deutsch Stolz Treue“. In der Szene wird deswegen über ihn heftig diskutiert, wie Anfang Juni im Forum des „Wikinger-Versand“. Ein „Rightwing“ aus Chemnitz schreibt, durch Hesse sei einem Label „hoher Schaden entstanden“. Und auch „Koile“ aus Berlin weiß, wo der Hammer hängt: „Wenn der mal nach Berlin kommt, gib heftig auf's Maul.“ (Rechtschreibung im Original!) Der Administrator „Death2ZOG“ ist sich sicher: „Der Herr hat einen Fehler gemacht...“

Nicht nur ungemütlich, sondern auch kurz könnte der Aufenthalt in Freiheit sein. Zusammen mit Torsten Lietze steht Hesse demnächst vor Gericht. Lietze hatte erst Anfang Juli mit der Justiz zu tun, verteidigt von Carsten Schrank, weil er mit anderen Hammerskins zwei Monate zuvor brutal auf zwei Männer mit einem Teleskopschlagstock eingeschlagen hatte, dass diese im Krankenhaus behandelt werden mussten. Das Gericht ging über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus: Eineinhalb Jahre ohne Bewährung.

Für Ende August ist die Verhandlung gegen Hesse/Lietze terminiert. Im April 2000 hatten sie zusammen mit anderen Hammerskins zwei Diskothekenbesucher überfallen. Einer der beiden Drangsalierten befand sich eine Zeitlang in Lebensgefahr. Über ein Jahr arbeitete die Staatsanwaltschaft an der Klageschrift. Den Grund für die lange Zeit der Vorbereitung sah ein Sprecher in der Komplexität, so „den Querverbindungen zu den Skinheads Sächsische Schweiz“. *Lukas Kilian*

Aktivitäten

Abgrenzung bröckelt

REP-Bundestagskandidat in Nordrhein-Westfalen veranstaltet ein Forum mit Franz Schönhuber.

Klaus Petri müsste eigentlich ein Parteimitglied ganz nach dem Geschmack des Republikaner-Chefs Rolf Schlierer sein: Rechtsanwalt und Notar, Namensgeber einer Kanzlei mit sieben Juristen in der westfälischen Provinz, Vorsitzender des Lippstädter Spielvereins Teutonia 08, früher langjähriges Mitglied der CDU und Ehrenvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung in seiner Heimatstadt Lippstadt. Bürgerliche Reputation ausstrahlend. Mit dem Geburtsjahrgang 1933 nicht in der Gefahr, als junger Heißsporn für negative Schlagzeilen zu sorgen. So einen nimmt man gerne als Partei der Republikaner. Und so jubilierte Parteichef Schlierer per Pressemitteilung auch höchstpersönlich, als Petri vor etwas mehr als zwei Jahren auf dem Höhepunkt des CDU-Finanzskandals die Union verließ, um sich den Republikanern anzuschließen: Schon könnten erste Übertritte von der CDU gemeldet werden, die zumindest auf regionaler Ebene spektakulär seien, ließ Schlierer damals verlauten.

„Die beiden großen Parteien haben sich nicht nur die alleinige Macht im Staat angeeignet, sie plündern ihn auch ungeniert“, grummelte Petri – und wurde Republikaner. Seinen neuen Heimat-Kreisverband der Republikaner in Soest brachte er als Vorsitzender auf Vordermann. Petris gute Kontakte zahlten sich aus. Er organisierte öffentliche Veranstaltungen, gab einen „Rep-Report“ in 100 000er-Auflage heraus, bereitete den NRW-Landesparteitag 2001 in Lippstadt vor, bei dem er selbst auf den zweiten Platz der Landesliste zur Bundestagswahl gewählt wurde.

Doch der Quereinsteiger musste den Parteiobere bald ein wenig suspekt erscheinen. Dass er im Januar den Schlierer-Opponenten Christian Käs – inzwischen im Unfrieden aus der Partei geschieden – in Lippstadt über „Nationale Positionen in der Innen- und Außenpolitik“ referieren ließ, sollte ein erstes Warnzeichen sein. Jetzt Anfang Juli, hatte er den früheren REP-Vorsitzenden, jetzigen „National-Zeitungs“- und „Nation&Europa“-Kolumnisten Franz Schönhuber im Lippstadt-Bad Waldliesborner Kürhotel „Provinzial“ zu Gast. Zwar tat er

dies nicht unter dem Label Republikaner, aber Petri war es, der unter der Überschrift „Lippe-Forum“ eine Pressemitteilung verbreitete, in der er kund tat, Schönhuber habe „vor ca. 100 Teilnehmern aus CDU, Republikanern, DVU, NPD und vielen kleinen politisch aktiven Kreisen ein Bild zukünftiger rechter Politik“ entworfen.

Die Zeichen stehen für den Ex-Christdemokraten Petri auf Einheit im ganz weit rechten Lager: „Erstmals bei einem solchen Treffen wurden alle Anflüge von gegenseitiger Schuldzuweisung für vergangene Misserfolge oder Ausdrücke persönlicher Animositäten vermieden oder vom Veranstaltungsleiter rigoros abgeblockt.“ Diese Einheit reicht über das Lager der Gäste der Veranstaltung im mittleren oder betagten Alter hinaus. Franz Schönhuber wird in der Petri'schen Pressemitteilung so zitiert: „Dabei sind mir junge Menschen in Bomber-Jacken und Springerstiefeln alle mal lieber als die Verbrecher in ihren Lackschuhen in Berlin.“

Der sich „in blendender Verfassung befindliche“ Schönhuber soll nun für das Lippe-Forum Positionen zu Revisionismus, Nationalbewusstsein, Verfassungsschutz und Siegerjustiz, Bundeswehr, Kirche, Ökologie und Kriminalität zu Papier bringen, auf dass diese regionale Sammlungsbewegung auch eine programmatische Basis bekomme. „Auf Dauer“, hatte Schönhuber in einem Beitrag für „Nation&Europa“ (Juli/August 2002) geschrieben, „werden die Bedenken-träger und Bremser gemeinsamer Aktionen patriotischer Bewegungen den Abgrenzungsdeckel nicht auf dem brodelnden Topf halten können.“ Für seine frühere Partei und ihren jetzigen Vorsitzenden hat er nur noch Hohn und Spott übrig: Schlierer habe sich „zum Stichwortgeber, zum Büttel des Verfassungsschutzes gemacht“, klagte Schönhuber seinen Nachfolger an.

Konsequenzen hat das Treffen in Lippstadt für dessen Initiator Klaus Petri wohl nicht. So kurz vor der Wahl ist eine Trennung der Republikaner vom nordrhein-westfälischen Listen-Zweiten nicht mehr möglich – auch wenn man enttäuscht ist von dem Mann, der so gut zum Wunsch-Image der Partei gepasst hätte. Es sei ja kein „partei-offizielles“ Treffen gewesen, tröstet man sich in der Berliner Parteizentrale – jedenfalls nach außen. Die Schlierer'sche Kursvorgabe bleibt: nicht mit DVUlern und nicht mit NPDlern – auch wenn die gutbürgerliche, von Wahlschlappen gebeutelte Parteibasis schon ganz andere Ufer ansteuert.

Tomas Sager

Gastbeitrag**„Tabubrüche“***Von Christoph Butterwege***Themen der Rechten werden zunehmend zu Themen der Mitte.**

Seit der der Wiedervereinigung 1989/90 verschiebt sich das geistig-politische Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts. Gleichzeitig wurde die politische Kultur des Landes durch die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte, die anschließende Standortdebatte, die Parole „Kinder statt Inder“ des CDU-Politikers Jürgen Rüttgers, die Walser-Bubis-Kontroverse über Auschwitz sowie Diskussionen über die „deutsche Leitkultur“ und den (bei Bundesumweltminister Jürgen Trittin vermissten) Stolz, ein Deutscher zu sein, nachhaltig beschädigt.

Mehr noch: Man gewinnt den Eindruck gravierender politischer Umbrüche, die das Parteiengefüge der westlichen Demokratien erschüttern. Gegenwärtig erstarken überall in Europa rechtsextreme beziehungsweise -populistische Strömungen. Jörg Haider FPÖ verhalf den österreichischen Konservativen zur Macht; Silvio Berlusconi wurde erneut italienischer Ministerpräsident; nach ihrem Wahlerfolg im November 2001 wurde die Dänische Volkspartei zwar nicht an der Regierung beteiligt, nahm auf die Gesetzgebung (zum Asylrecht usw.) genauso Einfluss wie die postfaschistische Alleanza Nazionale und die separatistische Lega Nord in Italien. Bei der französischen Präsidentschaftswahl im Mai/Juni 2002 erreichte Jean-Marie Le Pen den Stichentscheid, und die Liste des ermordeten Pim Fortuyn avancierte bei der niederländischen Parlamentswahl auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft.

In der Bundesrepublik errang die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) von Ronald Barnabas Schill zwar auf Anhieb 19,4 Prozent bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001. Wie es scheint, übernimmt hierzulande aber der nordrhein-westfälische F.D.P.-Vorsitzende Jürgen W. Möllemann die Rolle des rechtspopulistischen, antisemitischen Stereotypen benutzenden „Wort-Führers“. Egal, ob es sich um eine von langer Hand vorbereitete Strategie oder um kluge Regie im Hinblick auf den Erfolg für das „Projekt 18“ handelt: Antisemitismus wird auf diese Weise in der bürgerlichen Mitte wieder salonfähig.

Ursächlich für den Rechtstrend dürfte die Globalisierung beziehungsweise die neoliberale Modernisierung sein. Unterschiedliche Gesellschaftsbereiche werden nach dem Vorbild des Marktes umstrukturiert; Konkurrenz, Leistung und betriebswirtschaftliche Effizienz verabsolutiert. Da sich auch der Staat ökonomischen Imperativen unterzuordnen und für das Kapital optimale Verwertungsbedingungen zu schaffen hat, entsteht der Eindruck, dass Politik nichts mehr bewirke. „Parteienverdrossenheit“ paart sich mit dem Wunsch nach einem starken Führer. Das in der Bundesrepublik grassierende Bewusstsein, auf den internationalen Märkten „einer Welt von Feinden“ gegenüberzustehen und die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes durch „deutschen Erfindungsgeist“, größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft demonstrieren zu müssen, nenne ich „Standortnationalismus“. Dieser geht Hand in Hand mit dem Neoliberalismus, weshalb Parteien wie FPÖ oder F.D.P., den marktradikalen Zeitgeist verkörpernd, für populistische Sprüche und „Tabubrüche“ anfällig sind.

■ Politisches Gift des Nationalismus ■

Die rechtsextreme Propaganda solcher Parteien wie der Republikaner, der DVU oder der NPD und rassistische Übergriffe vollziehen sich in einem gesellschaftlichen Klima, das durch Horrorvisionen über den demografischen Wandel (angebliche „Vergreisung“ und Schrumpfung der Bevölkerung) einerseits sowie Auseinandersetzungen über die Formen der Zuwanderung und des interkulturellen Zusammenlebens andererseits geprägt ist. In der öffentlichen Debatte darüber droht die Ethnisierung sozialer Beziehungen und ökonomischer Konflikte. Typisch hierfür waren Kontroversen um die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts („Doppelpass“), um die Anwerbung ausländischer Fachkräfte („Green Card“) sowie um von Zuwanderern erwartete Integrationsleistungen (Anpassung an die „deutsche Leitkultur“).

Rechtsextremisten stützen sich seit jeher auf Verlautbarungen, Kampagnen oder programmatische Optionen der etablierten Politik. Umgekehrt greift die „Mitte“ zunehmend Problemstellungen auf, die zuerst in ultrarechten Kreisen erörtert worden sind, weshalb es immer mehr Überlappungen beziehungsweise ideologische Schnittmengen zwischen Themen der Rechten und solchen der Mitte gibt. Öffentlich verbreitete Parolen wie die Forderung nach einem „Abschied vom Schatten der NS-Ver-

gangenheit“, der Großmachtpolitik einer „selbstbewussten Nation“, einer Schärfung der „nationalen Identität“ oder „mehr Nationalstolz“ entstammen dem intellektuellen (Um-)Feld des Rechtsextremismus und der so genannten Neuen Rechten.

Auch die Wahlkampfstrategien der etablierten Parteien sind von einer (Re-)Nationalisierung des politischen Jargons geprägt. So schlug der hessische Ministerpräsident Roland Koch schon früh vor, die „nationale Identität“ zum beherrschenden Thema des Bundestagswahlkampfes 2002 zu machen. Warum die ethnische Herkunft einen höheren Stellenwert als die Zugehörigkeit zu einem Freundeskreis, einer Hobbygruppe, einem Wohnquartier, einer Region, einem Berufsverband oder einem Sportverein genießen sollte, ist aber unklar. Statt gegen den Rechtsextremismus zu immunisieren, bildet die Betonung des Nationalen, das im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ eher an Gewicht verliert, geradezu seine Basis. Seit in Talkshows wie der von Sabine Christiansen so viel über (das vereinte) Deutschland gesprochen wird, erfahren Nichtdeutsche stärker Ablehnung und im Extremfall rassistische Gewalt. Nationalismus ist kein Heilmittel, das – als „Patriotismus“ verharmlost beziehungsweise in homöopathischen Dosen genossen – die Demokratie stärkt und – höher dosiert – zum politischen Gift wird. Man muss ihm vielmehr entschlossen begegnen, um in einem Land die negativen Folgen des Nationalismus zu vermeiden, das auf der Grundlage dieser Ideologie zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hat.

Edmund Stoiber wollte SPD und Bündnis 90/Die Grünen nach seiner Kür zum Kanzlerkandidaten der Union im Januar 2002 durch eine Konzentration auf das Gebiet „Zuwanderung, Ausländer und multikulturelle Gesellschaft“ als Gefahr für die nationale Sache darstellen und so in die Defensive drängen. Er bestimmte „das Vaterland“ als „genau die Mitte“ und begründete seine Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes mit deutschen Interessen ökonomischer und demografischer Art. Auch der bayerische Innenminister Günther Beckstein verlangte, deutlicher zwischen „Ausländern, die uns nützen“, und solchen zu differenzieren, „die uns ausnützen“, wodurch rassistische Klischees bestätigt wurden.

Christoph Butterwegge ist Hochschullehrer und Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft an der Kölner Universität; kürzlich erschien von ihm das Buch „Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein“ (s. BNR 14/02).

Hintergrund

Gefälliger Gutachter

Der Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter spricht die Münchner Burschenschaft „Danubia“ vom Vorwurf des Rechtsextremismus frei.

Mit den Worten Bert Brechts schließt der emeritierte Professor für Politikwissenschaft Hans-Helmuth Knütter seine Broschüre, die sich mit möglichen rechtsextremistischen Aktivitäten der Münchner Burschenschaft Danubia beschäftigt: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Einige Zeilen zuvor hatte er der Verbindung bescheinigt, sie könne ein gutes Gewissen haben und solle sich nicht in eine „duckmäuserische Untertanenhaltung“ drängen lassen, denn: „Wer zurückweicht, ermuntert den Feind, die Angriffe fortzusetzen.“

Anlass des Papiers, das die „Danubia“ zum „Knütter-Gutachten“ geadelt und jetzt veröffentlicht hat, ist die Beobachtung ihrer Aktivitas durch den bayerischen Verfassungsschutz. Der befasst sich in seinem aktuellen Jahresbericht zum ersten Mal ausführlich mit der Burschenschaft. Der Hauptvorwurf der Behörde: Die Aktivitas habe „Rechtsextremisten wiederholt ein Podium für verfassungsfeindliche Auftritte“ geboten. Das Landesamt verweist auf Vorträge des NPD-Anwalts Horst Mahler, des Cheftheoretikers des „Deutschen Kollegs“ Reinhold Oberlercher, des neurechten Vordenkers Alain de Benoist sowie des ehemaligen Südtirol-Aktivisten Peter Kienesberger, der in Italien in Abwesenheit zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums zählte die 1848 gegründete Burschenschaft im Jahr 2001 rund 160 Mitglieder, davon 140 „Alte Herren“.

Knütter selbst referierte zweimal bei „Burschenschaftlichen Abenden“ der „Danubia“ in München-Bogenhausen und ist deshalb ein Gutachter, der sich seriöserweise für befangen erklären müsste. Bis 1996 lehrte er an der Universität Bonn und galt zuletzt als Rechtsaußen des renommierten Seminars für Politische Wissenschaft. Die Broschüre stellt Knütter aber auch als früheren Gastdozenten der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor, zudem habe er „jahrelang mit dem Referat IS 7 (= geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Ex-

tremismus) der Abteilung 'Innere Sicherheit' des Bundesinnenministeriums" zusammengearbeitet. Nach Angaben der Verfassungsschutzschule ist Knütter dort allerdings seit den 80er Jahren nicht mehr aufgetreten. Heute ist der emeritierte Professor ständiger Mitarbeiter der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Mehrfach hielt er Vorträge bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), die die Verfassungsschutzbehörden als größte rechtsextremistische Kulturvereinigung in Deutschland bezeichnen. Für Aufsehen haben jüngst Äußerungen Knütters bei der GFP gesorgt, die das ARD-Magazin „Panorama“ im Originalton wiedergab und die als Rechtfertigung rechtsextremistischer Gewalt verstanden werden können. Demnach sagte der Bonner Professor: „Diese jüngeren Leute werden sich, wie Jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen, und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund des Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen. Aber was sie tun können, ist natürlich: Geld sammeln, Aktionen ermöglichen.“

■ „Podium für verfassungsfeindliche Auftritte geboten“ ■

Wenig überraschend kommt das „Knütter-Gutachten“ zu dem Ergebnis, die „Danubia“ stehe fest auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, rechtsextremistische Tendenzen würden ihr böswillig unterstellt. Als Basis dienen längere Ausführungen zum Extremismusbegriff. Extremismus definiert Knütter als Abweichung von der demokratischen Grundordnung sowie Anwendung, Vorbereitung oder Rechtfertigung von Gewalt. Er zitiert das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD, demzufolge eine Organisation verfassungswidrig ist, die „aktiv-kämpferisch“ gegen diese Ordnung vorgeht. Da dieses Verhalten bei der „Danubia“ nicht vorliege, sei „jede Einschätzung, die über die Feststellung einer 'rechten', patriotischen Haltung hinausgeht, keine wissenschaftlich objektive, sondern in der Regel in diffamierender Absicht vorgebrachte, jedoch gänzlich unverbindliche Feststellung“. Vielmehr enthalte das Handeln des bayerischen Verfassungsschutzes „Anhaltspunkte eines verfassungswidrigen Tuns“, da er die Meinungsfreiheit unzulässig beschränke.

Knütter dürfte politikwissenschaftliche Extremismusbegriffe und die Rechtsgrundlagen der Behörden besser kennen, als er sie darstellt. Tatsächlich ist die „aktiv-kämpferische“ Haltung Voraussetzung eines Parteienverbots und steht daher im Blickpunkt der Diskussion um die NPD, ist aber keineswegs Bedingung der amtlichen Beobachtung. Die praktizierte Aufklärung auch über Gruppen, die nicht an Gewalttaten beteiligt sind, nennt Knütter eine „reine Willkürmaßnahme“ und „diskriminierende Öffentlichkeitsarbeit“.

Neben den Vorträgen namhafter Rechtsextremisten verweist das bayerische Landesamt auf die „Danubienzeitung“ und die Homepage der Burschenschaft: Virtuelle Verbindungen habe sie zeitweise zu rechtsextremistischen Publikationen wie dem Ideologieorgan „Nation&Europa“ sowie den neu-rechten, mittlerweile eingestellten „Staatsbriefen“ hergestellt und sich nicht glaubwürdig von diesen Links distanziert. Zudem sei dem rechtsextremistischen Skinhead Christoph Schulte eine Übernachtungsmöglichkeit im Haus der „Danubia“ verschafft worden, nachdem dieser im Januar vergangenen Jahres maßgeblich am brutalen Angriff auf einen Griechen in München beteiligt war. Das Landgericht München hat Schulte im März 2002 in erster Instanz wegen versuchten Totschlags zu sechs Jahren Haft verurteilt. *Thomas Pfeiffer*

Hinweis

Frankfurt/Main – In der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt findet am 14. September ein Seminartag zum Jugendbildungsprojekt „Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute?“ statt. Das Projekt zur Rechtsextremismus-Prävention wurde in der Jugendbildungsstätte entwickelt. Es versteht sich ausdrücklich als Angebot an „ganz normale Jugendliche“. Klassische politische Jugendbildung soll dabei mit handlungsorientiertem Training für ein alltägliches Einstehen gegen Diskriminierung und rechte Gewalt verknüpft werden. Das nach Angaben der Veranstalter mit über 300 Jugendlichen erprobte Konzept wird der interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt. Referent der Veranstaltung in Frankfurt ist neben anderen der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge. Gefördert wird das Jugendbildungsprojekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Informationen: Jugendbegegnungsstätte Anne Frank, Hansaallee 150, 60320 Frankfurt; Tel. 069 / 56 000 20, Fax: - / 56 000 250, E-Mail: jbs-anne-frank@web.de

Ausland

Die Einzeltäter-These

Der verhinderte Attentäter auf den französischen Staatspräsidenten ist noch im Frühjahr offiziell als Vertreter der Mégret-Partei aufgetreten.

„Ein geistig verwirrter Einzeltäter“: Diese Darstellung kennt man allzu gut, wenn es um einen Attentäter aus Neonazi-Kreisen geht. Mal ist diese Erklärung von einer Verkennung oder Unterschätzung der rechtsextremen Gefahr geprägt, mal ist sie durch den Wunsch motiviert, nicht unnötig Staub aufzuwirbeln, oder aber die Arbeit der Ermittlungsbehörden nicht zu gefährden.

Nach dem Attentatsversuch des 25-jährigen Neonazis Maxime Brunerie auf Staatspräsident Jacques Chirac in Paris am 14. Juli sprachen die meisten offiziellen Verlautbarungen alsbald vom psychisch gestörten Einzeltäter. Im entgegengesetzten Sinne hätte man eigentlich die ersten Worte von Innenminister Nicolas Sarkozy verstehen müssen: Brunerie sei, so der konservative Politiker, den polizeilichen Ermittlern wohl bekannt, den psychiatrischen Diensten hingegen bisher völlig unbekannt. Maxime Brunerie hatte seit 1997 eine stringente „politische“ Laufbahn zurück gelegt. Sie führte über Skinheadgruppen, die in den Schnellbahn-Bahnhöfen des südlichen Pariser Umlands Jagd auf „Araber“ machten, über Hooligans des Pariser Fußballclubs PSG in stärker ideologisch geprägte Kreise. Er trat zunächst dem PNFE (Parti nationaliste français et européen) bei, einer vor zwei Jahren aufgelösten Neonazi-Partei, dann der gewalttätigen rechtsextremen Studentengruppe GUD (Groupe Union et Défense, Gruppe Einheit und Verteidigung). Am Ende landete er bei der Sammelbewegung Unité radicale (UR, Einheit der Radikalen), der auch der GUD seit 1998 angehört und die die Reste des PNFE aufgenommen hat.

UR ist ein harter Kern von rund 500 Aktivisten, um die sich 2000 bis 3000 Sympathisanten scharen. Die Dachvereinigung war im Juni 1998 gegründet worden, um den – nach Eigenbezeichnung – „radikalen und außerparlamentarischen Flügel der nationalen Rechten“ zu sammeln. Dabei ging es um eine Arbeitsteilung zwischen dem potenziell gewalttätigen und dem parteipolitisch organisierten rechtsextremen Spektrum. In ihrem Eigenverständnis be-

tont UR: „Wir wollen der Nationalen Bewegung keine Konkurrenz machen, sondern wir wollen sie ergänzen, indem wir jenen eine Ausdrucksmöglichkeit bieten, die aufgrund ihrer notwendigen Mäßigung enttäuscht sein könnten“. UR versteht sich „nicht als Massenpartei, sondern als eine Avantgarde, einen Ansporn“ für größere Kräfte.

Anlässlich der Trennung zwischen Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret zur Jahreswende 1998/1999 ergriffen die Hardcore-Aktivisten von UR klar für die Mégret-Anhänger Partei. Im Mai 2000 trafen sich Vertreter von MNR und UR, um in der Folgezeit die Doppelmitgliedschaft in beiden Organisationen zu erlauben. Teil des damals geschlossenen Abkommens war ebenfalls, dass den Neonazis aussichtsreiche Plätze auf den MNR-Listen zu den Kommunalwahlen im März 2001 eingeräumt werden sollten. So war auch Brunerie bei den Kommunalwahlen 2001 Kandidat des MNR im 18. Pariser Bezirk, auf einem der vorderen Listenplätze. Und noch am 21. April dieses Jahres nahm er am Wahlabend des Präsidentschaftskandidaten Bruno Mégret teil, wo er auf Fragen einer „Le Monde“-Reporterin antwortete. Heute betont Mégret in der Öffentlichkeit, dass Brunerie ein Einzelfall mit „rein psychiatrischem Hintergrund“ sei. Doch hat der MNR nie bestritten, dass Brunerie bis zu seinem Attentatsversuch Parteimitglied gewesen ist.

Die UR-Führung erklärte in einer Stellungnahme, dass „die terroristische Aktion genauso wenig wie das reine Setzen auf Wahlen dazu geeignet ist, eine Lösung für die politische und moralische Krise zu bieten, die Frankreich durchquert.“ Und zu Brunerie heißt es: „Es steht uns nicht zu, seinen Akt gutzuheißen oder zu entschuldigen, wohl aber, ihm im gegenwärtigen Leid zu zeigen, dass Kameradschaft kein leeres Wort ist.“ Im Wochenmagazin „Le Point“ (19. Juli) stellt UR-Chef Fabrice Robert allerdings fest: „Das Scheitern der elektoralen (= Wahl- oder wahlorientierten) Strategie des FN und des MNR hat jene Franzosen, die gegen den Kosmopolitismus gestimmt hatten, einer Vertretung beraubt. Diese Situation ist äußerst explosiv.“

Das Risiko ist real, dass die Tat Maxime Bruneries Nachahmer findet. Denn gegen die „Einzeltäter“-These spricht nicht zuletzt, dass der Attentatsversuch auf den Internet-Diskussionsforen seines Umfelds politisch diskutiert wird. Manche Teilnehmer begrüßen die Tat und kritisieren jene, „die sich nicht vor ihm getraut haben“. Andere bemängeln das Ungeschick oder „die Ungeduld“ hinter dem Tatendrang Bruneries. *Bernhard Schmid*

Ausland**Haider's Dobermann**

FPÖ-Politiker setzt Nazis und Alliierte gleich – die Partei stellt sich hinter ihn.

Offiziell hat sich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) klar vom Nationalsozialismus distanziert. Allerdings gehören Deutschnationale (und ehemalige Nazis) nach wie vor zu ihrer Klientel – und in diversen Untersuchungen über den Rechtsextremismus tauchen immer wieder die Namen von FPÖ-Funktionären auf. Der Ex-Parteichef Jörg Haider verstand es meisterhaft, von Zeit zu Zeit Signale an diese Klientel auszusenden (von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ bis hin zum Lob von SS-Veteranen als „anständige Menschen, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind“.)

Am 15. Mai gedachten deutschnationale Burschenschafter auf dem Wiener Heldenplatz der „Niederlage vor 57 Jahren“ und ehrten die gefallenen Soldaten. Dabei sprachen auch FPÖ-Politiker, darunter der freiheitliche Volksanwalt Ewald Stadler. Sechs Wochen später hielt Stadler in Niederösterreich die „Feuerrede“ bei einer Sonnenwendfeier, die von einer hochrangigen FPÖ-Funktionärin veranstaltet wurde. Dabei sagte Stadler unter anderem: „Österreich ist 1945 – und das ist zur Staatsideologie geworden – angeblich vom Faschismus und der Tyrannei befreit worden und in die nächste Tyrannei geraten“. Zwei Wochen später bekräftigte Stadler in einem Fernseh-Interview, dass Österreich nach 1945 eine „Befreiungsideologie übergestülpt“ wurde – und er fügte hinzu, er wolle nicht bewerten, ob der Nationalsozialismus oder die Besatzung durch die Alliierten „schlimmer“ war. Dies sei wie die Wahl zwischen Pest und Cholera – und er würde keines vorziehen.

Während Sozialdemokraten und Grüne die Äußerungen Stadlers schärfstens ablehnen und seinen Rücktritt als Volksanwalt verlangten, distanzierten sich Vertreter der Volkspartei zwar von den Aussagen (der ÖVP-Vize Wilhelm Molterer sprach von einer „Verharmlosung des Nationalsozialismus“), schlossen sich aber der Rücktrittsforderung nicht an.

Auch in der FPÖ gab es einige ablehnende Stimmen (Finanzminister Karl-Heinz Grassner zeigte

sich „fassungslos und erschrocken“, Generalsekretär Heinz Sichrovsky sprach von einer „Verhöhnung der Opfer“). Jörg Haider meinte hingegen, er hätte eine „andere Wortwahl“ vorgenommen, aber inhaltlich sei Stadler nichts vorzuwerfen. Auch die formelle Parteichefin, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, hielt die Wortmeldungen Stadlers zwar für nicht hilfreich, sie kritisierte aber auch die „übertriebenen Reaktionen“.

Aus der zweiten Funktionärschicht (vor allem aus Wien und Niederösterreich) erhielt der Volksanwalt aber überwiegend Zustimmung. Damit bekamen auch Medienberichte neuen Auftrieb, wonach Stadler bei den niederösterreichischen Landtagswahlen im kommenden Frühjahr als FPÖ-Spitzenkandidat aufgestellt werden solle. (Vor seinem jetzigen Amt war Stadler Landesregierungsmitglied in Niederösterreich. Er führte die Geschäfte der Parlamentsfraktion und hatte den Spitznamen „Haider's Dobermann“. Stadler gilt als Verbindungsmann zwischen dem deutschnationalen Lager und dem österreichischen Rechtskatholizismus.)

Während Bundespräsident Thomas Klestil ganz klar sagte, dass das Geschichtsbild von Stadler im Widerspruch zum Grundkonsens der 2. Republik stehe, vermied Bundeskanzler Wolfgang Schüssel jede persönliche Kritik am freiheitlichen Volksanwalt und gab im Parlament nur eine ganz allgemeine Erklärung zur österreichischen Zeitgeschichte ab. Dies wurde nicht nur von der Opposition und von Zeitungskommentatoren kritisiert, auch Schüssels Amtsvorgänger als ÖVP-Chef, Erhard Busek, wurde in einem Zeitungsinterview deutlich: „Die ÖVP hat eine viel zu bedeutende Geschichte beim Aufbau des Österreich-Bewusstseins, als dass sie es sich leisten könnte, ständig nichts zu sagen, nur um nicht eine Koalition zu verlieren“.

Ewald Stadler ist von der öffentlichen Diskussion über seine Aussagen wenig beeindruckt. In einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Zur Zeit“ (Nr. 28/02) sagte er: „Die Geschichtsverdrehung, die Tatsachenumdrehung und Umkehrung ist eine weit verbreitete marxistische Tugend. Es ist wirklich grotesk, dass heute sogar im Gegensatz zu früher die ÖVP das Geschichtsbild der Altkommunisten übernommen hat.“ Und zu den Rücktrittsaufforderungen antwortete er nur, dass er sich vom „Meinungsterror“ und „linken Mob“ nicht „klein kriegen“ lassen werde. Es ist offensichtlich, dass er sich dabei auf einen beträchtlichen Teil der Regierungspartei FPÖ stützen kann. *Adalbert Krims*

Seitenblick**Endlich rehabilitiert****NS-Unrechtsurteile gegen Deserteure von der Bundesregierung aufgehoben.**

Kurz bevor die Regierung Kohl endlich abgewählt wurde, hatte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Herta Däubler-Gmelin, ihr vorgeworfen, ein schreiendes Unrecht aus der NS-Zeit immer noch nicht beseitigt zu haben. Die Rehabilitation jener Männer, die Hitlers Vernichtungskrieg nicht unterstützten und stattdessen unter höchster Lebensgefahr der Wehrmacht den Rücken kehrten. Immerhin galt unverändert Hitlers These, Soldaten könnten sterben, Deserteure müssten sterben. Die konservative Regierung tat dennoch nichts für die wenigen noch lebenden Deserteure. Die Schröder-Regierung hatte zu Beginn ihrer Amtszeit zunächst einmal damit zu tun, die schlimmsten Brocken des übernommenen Reformstaus beiseite zu räumen. Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin hatte jedoch die Deserteure nicht vergessen. Dazu beigetragen hatte vor allem Ludwig Baumann, der unermüdliche Vorsitzende der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Immer wieder wies er bei den zuständigen Stellen auf dieses Problem hin – schließlich mit Erfolg. Am 21. Juni 2002 hat der Bundesrat dem „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege“ ohne Aussprache zugestimmt, den der Bundestag am 17. Mai dieses Jahres gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU und FDP mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS verabschiedet hatte. 57 Jahre gültiges NS-Recht hat nun keine Gesetzeskraft mehr. Die meisten Deserteure haben das nicht mehr erlebt.

Der NS-Militärjustiz sind etwa 48 000 Menschen zum Opfer gefallen. 45 Jahre lang hat sich niemand um sie gekümmert. Ende 1990 schlossen sich die Betroffenen in Bremen zu einem Verband zusammen. Ludwig Baumann sagte damals, es gehe ihnen „um Gerechtigkeit“. Und er ergänzte zutreffend: „Wenn der Krieg eindeutig ein verbrecherischer Angriffskrieg war, können nicht diejenigen im Unrecht sein, die sich diesem Krieg verweigert haben“. Doch im Bundestag tat sich nichts. NS-Deserteure blieben ehrlose Verräter. Es gab 3000 Militärjuristen und weit mehr als 1000 Kriegsgerichte, die zum Teil noch nach der Befreiung am 8. Mai

1945 deutsche Soldaten zum Tode verurteilt haben. Die Opfer wurden nicht nur erschossen, sondern auch geköpft oder am Galgen erdrosselt. Betroffen waren auch die Hinterbliebenen. Sie blieben ohne Renten und Pensionen – bis 1991. „Streng aber gerecht“ hatte das Bundessozialgericht bis dahin Todesurteile gegen Deserteure beurteilt.

Die Militärjustiz konnte so lange als ehrenhafte Institution gelten, weil zwei ihrer Mittäter das Thema bestimmten: Otto Peter Schweling und Erich Schwinge. 1977 veröffentlichten sie in Marburg ein Buch über die NS-Militärjustiz, das ein Meisterwerk der Apologie war. Alles sei korrekt gewesen, es habe lediglich zwischen 10 000 und 12 000 Verurteilungen gegeben, logen sie. Man glaubte ihnen aber, weil sie es wissen mussten. Schließlich waren sie selbst lange Militärrichter gewesen, wobei es damals Schweling in der BRD zum Oberstaatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gebracht hatte, während Schwinge Ordinarius, also Chef der juristischen Fakultät der Universität Marburg geworden war. Zehn Jahre später begann langsam der Wandel. Manfred Messerschmidt und Fritz Wüllner zerstörten 1987 die Legende der beiden NS-Richter mit ihrer Studie „Die Wehrmachtjustiz im Dienst des Nationalsozialismus“. Im selben Jahr ergänzte Ingo Müller die Apologie mit seiner Dokumentation „Furchtbare Juristen“. Beide Bücher sind unverändert zu empfehlen.

Gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode Mitte 1998 schienen die Deserteure endlich am Ziel zu sein. Es kam aber anders. Dazu Ludwig Baumann: „Am 27. Mai 1998 wurde auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion nur die Aufhebung unserer Urteile aus einem (entsprechenden neuen) Gesetzentwurf gestrichen und am 28. Mai wurde das Gesetz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile in 3. Lesung vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Mit ihm wurden Millionen NS-Unrechtsurteile aufgehoben – schwere Verurteilungen und Bagatellfälle – nicht aber die schwersten, verhängt gegen die Verweigerer aus Hitlers Krieg. Damit wurde schwereres Unrecht erneut festgeschrieben.“ Und bitter zieht Baumann diese Bilanz: „In die Freude über die Aufhebung unserer Urteile mischen sich auch Trauer und Zorn, denn kaum eines unserer Opfer erlebt die Aufhebung seines Urteils noch. Die wenigen, welche Todeszelle, KZ und Strafbataillon überlebten, sind 57 Jahre lang gedemütigt und vorbestraft verstorben“. Diesen Zustand hat die Regierungskoalition zusammen mit der PDS jetzt beendet.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Alte Kameraden**

Die ehemaligen Angehörigen der 6. SS-Gebirgsdivision Nord verherrlichen heute noch den Nazismus und leugnen die Kriegsverbrechen.

Eigentlich sieht das Haus in der Hagener Tunnelstraße wie ein ganz normales Mehrfamilienhaus aus. Wäre da nicht das kleine Schild, das einer der Bewohner, Fritz A. Schulte, unter seinem Namenszug an der Tür befestigt hat: „6. Gebirgsdivision Nord“. So ungewöhnlich sie an einem Wohnhaus wirken mag – die unscheinbar wirkende Truppenbezeichnung ist auch nicht ganz vollständig, fehlen doch zwei entscheidende Buchstaben: SS. Bei Fritz A. Schulte ist richtig – oder besser: völlig falsch – aufgehoben, wer etwas über die 6. SS-Gebirgsdivision Nord erfahren will.

Oder wer in Erinnerungen schwelgen will, und davon gibt es immer noch einige. Schulte war es, der in der Juni-Ausgabe des im Munin-Verlag erscheinenden Blattes „Der Freiwillige“ mit einem Hinweis die Möglichkeit eröffnete, dies auch in der Ferne zu tun: „Kameraden der 6. SS-Gebirgs-Div. ‚Nord‘ und Interessierte“, so hieß es darin, „können an einer Finnlandreise teilnehmen.“ Offenbar je nach Konstitution und Interesse wurden fünf Tage als Flugreise oder sieben Tage als Flug-Busreise angeboten. Seine Zielgruppe hatte Schulte mit der Annonce gerade in diesem Blatt haargenau erreicht, war doch „Der Freiwillige“ das offizielle Organ der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) bis zu deren Auflösung 1992. Den Bundesverband der HIAG gibt es nicht mehr, wohl aber das Blatt, in dem es noch im vorigen Jahr hieß, unverändert bleibe „seine Aufgabe, das Mitteilungsblatt aller Soldaten der früheren Waffen-SS darzustellen“. Inzwischen – die alten Kämpfer sterben weg – dürfen auch Neonazis dort zur Feder greifen.

Diesmal waren freilich vor allem die Alten angesprochen. Sie sollten am 18. Juli in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München ins Flugzeug steigen, um an die Stätten ihres eigenen oder des Wirkens ihrer Kameraden gebracht zu werden. Das karelische Salla ist ihr wichtigstes Ziel. Dort, so verrät es die Annonce, sollte am 21. Juli unter Teilnahme der deutschen Gäste ein Ge-

denkstein enthüllt werden. Dabei war Salla kein Schlachtfeld, auf dem die SS sich durchgesetzt oder besonders heldenmutig am Ende den Kürzeren gezogen hätte – was die Erinnerung der alten Kämpfer wohl beflügeln würde. Salla markiert vielmehr in der Geschichte der SS-Einheiten, die gerade zu Zeiten des „Blitzkrieges“ von Erfolg zu Erfolg eilten, eine tiefe Schmach. Und eine ganz neue Erfahrung: SS-Männer, die statt dem Unternehmen Barbarossa zum Erfolg zu verhelfen, ein „unheimliches Debakel erlebten“ und „die Waffen wegwarfen und davonrannten“, wie der Friedberger Historiker Michael Keller sagt, der die Geschichte jener Division untersucht. Salla, meint Keller, „war der Tiefpunkt dieser Einheit“.

Von der Pieke auf gelernt hatten sie das Kriegshandwerk ja auch nicht, die Mitglieder der 6. SS-Gebirgsdivision Nord. „Polizeiaufgaben“ hatten sie zuvor in Norwegen zu erfüllen, worunter viel mehr die Bekämpfung von allem zu verstehen ist, was sich der deutschen Besatzung in den Weg stellte. Erstmals hatten es die SSler nicht mit einer Zivilbevölkerung zu tun, die man einschüchtern konnte, sondern mit kampferprobten russischen Soldaten. Personell durch frische Kräfte ergänzt, erlebte die SS-Division nach dem Desaster in den nächsten dreieinhalb Jahren einen permanenten Stellungskrieg. Ihre Aufgabe, die Bahnverbindung vom ganzjährig eisfreien Hochseehafen Murmansk nach Leningrad unter ihre Kontrolle zu bekommen, erfüllte sie nie.

■ Spur der Verwüstung durch „Wehrwolf“-Einheit ■

So wenig „heldenhaft“ wie ihr Aufenthalt in Finnland war auch die letzte Etappe der 6. SS-Gebirgsdivision. Sie spielt im hessischen Wetterau. Dorthin hatte es ihre Reste – geschätzt werden 1500 bis 2800 Mann – im Frühjahr 1945 verschlagen. Links und rechts von ihr waren US-amerikanische Armeen – manchmal 30, 40 Kilometer am Tag zurücklegend – an ihr vorbeigezogen. Die SSler befanden sich – zunächst unentdeckt – plötzlich hinter der Front der vorrückenden Amerikaner. Und es begann etwas, was, in dieser Form, in den letzten Kriegstagen in Deutschland einmalig ist: Drei Tage nach der Befreiung vom Nazismus begann eine SS-Einheit wieder den Krieg. Sie überfielen nachts amerikanische Nachschubeinheiten – verkleidet mit US-Uniformen und quasi in Umsetzung der „Wehrwolf“-Taktik –, um Munition und

Benzin zu erbeuten, und eroberten zwei Orte zurück, in denen man schon glaubte, den Krieg überstanden zu haben. Und sie verursachten damit eine Spur der Verwüstung. Terror erwartete die Menschen, die weiße Flaggen an ihren Häusern gehisst hatten. Später, als der SS-Spuk dank des Einsatzes starker US-Verbände vorüber war, wurden dort tote amerikanische Soldaten gefunden, von der SS ermordet in ihren Schlafsäcken, die Hände auf dem Rücken gefesselt.

Keller spricht von einer „fanatisierten Kriegsführung, fanatisierten Nazis“. An der Spitze der Gebirgsdivision standen Offiziere, die der Historiker als „Männer des Bürgerkriegs“ bezeichnet, darunter auch solche, die zwei Jahrzehnte zuvor bereits an Hitlers Putschversuch teilgenommen hatten. Goebbels Aufruf, jeder Amerikaner auf deutschem Boden sei nunmehr „Freiwild“ – von dieser Einheit wurde die Forderung des Propagandaministers umgesetzt. Und das ohne Rücksicht, so noch einmal eine Forderung Goebbels, „auf veraltete Vorstellungen einer so genannten bürgerlichen Kampfführung“.

Der Friedhof im Hessischen, auf dem die SS-Kämpfer begraben waren, wurde nach dem Krieg zum Wallfahrtsort für SS-Veteranenverbände, ihr Kampf zum „Osteropfergang einer tapfer kämpfenden Truppe“, wie es noch vor 15 Jahren in den Heimatblättern des Main-Kinzig-Kreises hieß. 31 Jahre nach dem Wehrwolf-Kampf der SSler attestierte ihnen Alfred Steurich in dem ebenfalls im Munin-Verlag erschienenen Band „Gebirgsjäger im Bild – 6. SS Gebirgsdivision Nord 1940 – 1945“: „Unter großen Opfern“ hätten sie „bis zuletzt ihre soldatische Pflicht erfüllt“. Und: Wo die 6. SS-Gebirgsdivision gekämpft habe, „erwarb sie sich ob ihrer soldatischen Haltung und Hilfsbereitschaft gegenüber der in Not geratenen Zivilbevölkerung der umkämpften Gebiete Achtung und Anerkennung“. Diese Linie hatte schon Franz Schreiber vorgegeben. Er war 1945 der letzte Kommandeur der Truppe und später Vorsitzender ihres Traditionsverbandes. 1963 sagte er bei einer offiziellen Veranstaltung im Wetteraukreis, bei der er als Oberst a.D. angekündigt wurde, während man seinen SS-Dienstgrad verschwieg, die Leute seiner Einheit hätten nur ihre soldatische Pflicht getan. In diese Tradition stellen sich immerhin 57 Jahre nach dem Ende ihrer SS-Einheit alte Kameraden – in eine Tradition der Verherrlichung des Nazismus und der Leugnung von Kriegsverbrechen.

Tomas Sager

Grauzone

Gefallene Brüder

SS-Veteranen sammeln für Kriegsgräber.

Nachdem sich der Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG) im Jahre 1992 auf Bundesebene aufgelöst hatte, „um einer Überalterung vorzubeugen“, wurde von den Ewiggestrigen die „Kriegsgräberstiftung ‘Wenn alle Brüder schweigen’“ errichtet, die sich auf den Nachlass des „Kameraden“ August Ern stützt. Einziges Organ der Stiftung mit einem Vermögen von rund 100 000 Euro, ist der Vorstand, der aus einstigen HIAG-Funktionären, dem Vorsitzenden August Hoffmann, seinem Stellvertreter Heinz Berner und Schatzmeister Werner Bitzer besteht.

Regelmäßige finanzielle Zuwendungen gehen an den Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge. Auch der aktuellen Juli-Ausgabe der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ liegt wieder ein Zahlschein für die „Kriegsgräberstiftung“ bei. In einer Anzeige in dem monatlich in Österreich erscheinenden Blatt „Die Kameradschaft. Unabhängiges Mitteilungsblatt für Kameraden“, dem inoffiziellen Sprachrohr der „Kameradschaft IV“, heißt es: „Um den jetzt noch gefundenen toten Kameraden in den ehemaligen Kampfgebieten eine würdige letzte Ruhestätte zu ermöglichen, bitten wir weiterhin um Ihre Unterstützung.“ Ansprechpartner der „Kriegsgräberstiftung“, die eine Bankverbindung bei der Sparkasse Feldkirch in Österreich unterhält, ist der einstige Kärntner Landessprecher der „Kameradschaft IV“, Karl Semmelrock, Funktionär der „Ulrichsberggemeinschaft“. Die veranstaltet alljährlich im Oktober bei Klagenfurt eine Gedenkfeier für gefallene Soldaten, an der zahlreiche Ex-SS-Angehörige aus dem In- und Ausland teilnehmen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands beschreibt die „Kameradschaft“ als eine „noch immer mitgliederstarke, Ortsgruppen und Landesverbände umfassende rechtsextreme Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“.

Vom Finanzamt Stuttgart wurde die „Kriegsgräberstiftung“ am 8. August 1998 (ONr. 2899/5562) als gemeinnützig anerkannt. Spenden können die Kameraden auf ein Konto bei der schwäbischen Volksbank Ebingen bei Stuttgart einzahlen. A.M.

Grauzone**„Kriegspropaganda“****Drastische Sprache eines CDU-Politikers**

Wes Geistes Kind ist Hannsjörg Carl? Diese Frage wird im niedersächsischen Landkreis Wesermarsch diskutiert. Carl war dort bis vor kurzem einer der führenden CDU-Männer. Dass er es nicht mehr ist, ist seinem Internet-Auftritt zuzuschreiben. Auf seiner privaten Homepage äußerte sich der damalige CDU-Vorsitzende in der Gemeinde Lemwerder zum Nahost-Konflikt. Dabei formulierte er unter anderem: „Diese abgrundtief hässlichen Kreaturen, die jegliche Sympathie verspielt haben. Und noch immer sehe ich diesen johlenden Palästinenserabschaum, der im Golfkrieg Raketen auf Israel forderte.“ An die Adresse des israelischen Ministerpräsidenten appellierte der Kommunalpolitiker: „Sharon! Mach diesem Alptraum endlich ein Ende und feg' diese feigen Schweine hinweg.“

CDU-Vertreter zeigten sich von dieser menschenverachtenden Diktion („eindeutige Kriegspropaganda“, so die Bremer Politikwissenschaftlerin Margaret Wirth) überrascht und entsetzt. Björn Thümmler, der Vorsitzende der CDU in der Wesermarsch, bewertete Carls Statements im World Wide Web „eindeutig als Volksverhetzung“, für die in einer demokratischen Partei niemand Sympathien hegen könne. Lemwerders Bürgermeister Hans-Joachim Beckmann war wenig verblüfft. „Carl ist für seine drastische Sprache in der Politik bekannt“, sagte der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete und verwies darauf, dass Carl im Oktober letzten Jahres seine Teilnahme an einem Präventionsrat in der Gemeinde Stadland abgesagt habe, der sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus wendet. Carl begründete sein Nein auf diese Weise: Eine multikulturelle Gesellschaft habe keine Zukunft. Und: „Je eher Sie lernen, dies zu verstehen, desto mehr Menschen können in einer friedlichen, allerdings getrennt voneinander lebenden Welt leben.“

Besonders pikant: Carl ist im Range eines Oberkommissars als Dienstgruppenleiter in Bremen tätig. Der dortige stellvertretende Polizeipräsident Klaus Plenge fand für die Äußerungen des 44-jährigen Ordnungshüters klare Worte: „Widerwärtig und abartig“ nannte er sie. Auch der Staatsschutz reagierte schnell. Er ermittelt wegen Verdachts der Volksverhetzung. Unterdessen ist Carl aus der CDU ausgetreten – per SMS. *Thomas Klaus*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 26-29/2002:**

Europa befinde sich in Alarmstimmung wegen illegaler Einwanderung und der „wattierte Berliner Diskurs“ bewege sich um ein Zuwanderungsgesetz, lamentiert Peter Lattas. Der politische Schaden, den besonders die SPD damit angerichtet habe, sei nicht mehr zu reparieren, bilanzieren Paul Rosen und Thorsten Thaler. Rolf Stolz warnt vor einer „rabiaten Gegenreaktion“, wenn massenhafte Zuwanderung als geeignetes Instrument angesehen werde, „Deutschland zu entdeutschen“. Peter Skaarup, Vize der ausländerfeindlichen Dänischen Volkspartei, verweist auf die Verdienste seiner Partei bei der Verschärfung der Ausländerpolitik in Dänemark. Auch in den Niederlanden hätten die Angst vor Überfremdung in der Bevölkerung zur neuen Regierung und härteren Maßnahmen in der Ausländerpolitik geführt, betont Jerker Spits. Hans-Helmut Knütter kritisiert die deutsche Rechte, die nichts zu dem „europäischen ‚Rechtstrend‘“ beigetragen habe. Bruno Gollnisch, Generalsekretär des Front National, plädiert im Interview für Kooperation der „europäischen Rechtsparteien“, um das „Tabu der politischen correctness, das in ganz Europa die Freiheit bedroht, gemeinsam zurückzuweisen“. Dieter Stein beklagt die „von der SPD als Mittel der Wahlkampfführung“ inszenierten „Kampagnen gegen Rechts“, denen die Union nichts entgegensetze, letztere gar zur Anbiederung statt zur rigorosen Bekämpfung und Boykott dieses „Antifa-Klamauks“ treibe – und dem gerade die JF „durch die skandalöse, verfassungswidrige Praxis des Verfassungsschutzes“ in NRW ausgesetzt sei. Opfer der sächsischen Verfassungsschützer, die ihre Arbeitsplätze erhalten wollten, sei auch der (neonazistische) Nationale Jugendblock Zittau, klingt an bei Paul Leonhard. Beeindruckt von dem Mythos um den rumänischen Faschistenführer Corneliu Codreanu scheint Götz Kubitschek. Als „furchtbare Juristen“ mit einer „furchtbaren Moral“ geißelt Ex-Militär Franz Uhle-Wettler die Justiz wegen der Verurteilungen von Erich Priebke und Friedrich Engel wegen Kriegsverbrechen. Gleich zweimal innerhalb weniger Wochen nimmt die JF das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ins Visier. Die prompt erfolgten Gegendarstellungen könnten Rückschlüsse darauf zulassen, dass man es mit der journalistischen Sorgfältigkeit bei der JF wohl nicht so genau nimmt. (gn)

Bücherschau

Rollenbilder

Rechtsextreme Parteien werden nach wie vor deutlich weniger von Frauen als von Männern gewählt.

Betrachtet man die Wählerbasis rechtsextremistischer Parteien, so fällt auf, dass Männer über- und Frauen unterrepräsentiert sind. Diese Besonderheit lässt sich nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern feststellen. Gleichzeitig veranschaulichen empirische Umfragen zu rechtsextremistischen Einstellungen, dass Männer nur leicht stärker als Frauen zu derartigen politischen Auffassungen neigen. Wie lässt sich bei Frauen der Gegensatz von Einstellung und Verhalten erklären? Welche Bedeutung und welche Inhalte haben frauenpolitische Themen in rechtsextremistischen Parteien? Wie versuchen diese, ihre mangelnde Unterstützung im weiblichen Teil der Wahlbevölkerung zu überwinden? Derartigen Fragen stellen sich die Autorinnen des von den beiden österreichischen Sozialwissenschaftlerinnen Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr herausgegebenen Sammelbandes „Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen?“

■ Beibehaltung und Aufwertung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ■

Nach Ausführungen zur Begriffsdiskussion und Erklärungsmodellen enthält der Band fünf Fallstudien zu rechtsextremistischen Parteien in Europa. Nonna Mayer und Mariette Sineau analysieren den Front National in Frankreich, Sandra Riccio beschäftigt sich mit der Alleanza Nazionale in Italien, Oga Gyarfasova geht auf die Slowenische Nationalpartei in der Slowakei ein, Hanna Havelkova untersucht die Republikanische Partei in Tschechien, und Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr widmen sich der Freiheitlichen Partei in Österreich. Dabei wird jeweils ein kurzes Portrait der entsprechenden Partei gezeichnet, nach dem Frauen- und Familienbild in Parteiprogrammen und Parteipresse gefragt, die Repräsentanz von Frauen in den Strukturen untersucht sowie die Einstellungen und das Wahlverhalten von Frauen erörtert. Zum Schluss des Sammelbandes nehmen die Herausgeberinnen einen systematischen Vergleich der

Parteien vor und formulieren Konsequenzen für die (Frauen-)Politik.

Folgende Ergebnisse lassen sich nach Amesberger und Halbmayr zusammenfassen: Für alle Parteien gelte, dass sie nach wie vor deutlich weniger von Frauen als von Männern gewählt würden, wenngleich es teilweise zu beträchtlichen Annäherungen käme (so bei der Alleanza Nazionale in Italien). Alle Parteien offerierten geschlechtsspezifische Rollenbilder, trotz einiger eventuell vorgenommener Modernisierungen blieben sie im Prinzip der biologistischen Argumentation verhaftet. Frauenpolitik komme als eigenständiger Politikbereich in den Programmen und Publikationen nicht vor. Über Frauen werde nur als Ehefrauen oder Mütter gesprochen. Als Wählerinnen wollte man sie nicht mittels eines emanzipatorischen Gesellschaftskonzepts, sondern mit der Beibehaltung und Aufwertung der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gewinnen. Nicht erklärt werden könne jedoch die Diskrepanz zwischen Einstellungs- und Verhaltensebene. Darin liege jedoch noch ein erhebliches Potenzial für rechtsextremistische Parteien.

Bei den Fallstudien handelt es sich um gut recherchierte und systematisch gestaltete Analysen zum Zusammenhang von Frauenpolitik und Rechtsextremismus, wobei man auch wichtige Informationen über ansonsten in der deutschen Diskussion kaum beachtete Parteien erhält. Die zwar nicht immer konsequent eingehaltene, aber doch bestehende gemeinsame Struktur der einzelnen Beiträge gestattet auch einen systematischen Vergleich. Obwohl dieser eher knapp ausfällt, liegt darin neben der Informationsfülle zu den einzelnen Parteien der besondere Wert des Bandes. Häufig finden sich in Sammelbänden mit länderübergreifender Perspektive nur einzelne Beiträge zu den jeweiligen Ländern, aber keine wirklich systematisch vergleichende Betrachtung. Dies ist Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr bezogen auf die Untersuchungsmerkmale gut gelungen. Leider diskutieren die Herausgeberinnen nicht näher die Diskrepanz von Einstellungen und Wahlverhalten bei Frauen. Bilanzierend betrachtet handelt es sich bei dem Sammelband jedoch um ein wichtiges Werk zur Forschung über das Verhältnis von Frauen und Rechtsextremismus.

Armin Pfahl-Traugher
Helga Amesberger/Brigitte Halbmayr (Hrsg.), Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen?, Opladen 2002 (Leske + Budrich), 434 Seiten, 39,90 Euro.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die Berliner Skinhead-Band „Landser“ braucht offenbar Geld für den bevorstehenden Prozess. Unter dem Pseudonym „Tanzorchester Immervoll“ sind nun legale Lieder der Gruppe veröffentlicht worden. Die Anhänger sind von der Scheibe wenig begeistert, denn die Band hat lediglich in den Giftschränke gegriffen und alte Aufnahmen aus den frühen 90er Jahren und jüngere Sampler-Beiträge zu einer neuen CD zusammengekleistert. Erschienen ist die CD beim TTV in Zarentin. Obwohl die Lieder textlich unverfänglich sind, könnte es trotzdem Ärger für die Band geben: Für das Lied „Tanzorchester Immervoll“ hat man sich wohl mangels Kreativität einfach die Melodie von Thin Lizzy's „Whiskey in the jar“ genommen. Auf Cover und Beiheft der CD wurde das aber verschwiegen.

■ **Berlin** – Die Berliner Sicherheitsbehörden haben am 20. Juli das Klubhaus der neonazistischen „Weißen Arischen Bruderschaft“ gestürmt. Über 100 Neonazis hatten sich dort zu einem Konzert versammelt, wobei auch die „White Aryan Rebels“ auftreten sollten. Dies berichtete die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Tagesspiegel“. Die Polizei nahm nach Angaben des „Tagesspiegel“ unter anderem auch den mutmaßlichen Anführer der „White Aryan Rebels“, Lars E., fest. Die Band war mit ihrer Anfang 2001 erschienenen CD „Noten des Hasses“, in der zum Mord an prominenten Personen aufgerufen wird, ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten (vgl. BNR 8/01).

■ **Erfurt** – In der Neonaziszene wird vor Marcel Degner (Szenename „Riese“), zuletzt „Blood&Honour“-Funktionär in Thüringen, gewarnt. Degner, so heißt es unter anderem in der Mailing-Liste „Der Weisse Wolf“, „ist / war als V-Mann tätig! Unklar ist warum Riese sich als V-Mann anwerben ließ und was er für seine Judasarbeit bekam. Fakt hingegen ist, dass sich Verrat niemals auszahlt, jeder Spitzel fliegt früher oder später auf! Jeder wird die Aussprache bekommen die ihm gebührt!“ Degner war 1996 einer der Organisatoren einer Busfahrt von Skinheads quer durch Thüringen zur Gedenkstätte Buchenwald, wo sie dann randalierten. Im Jahr 2000 gehörte Degner zu den B&H-Führungspersonen, denen die Verbotsverfügung durch den Bundesinnenminister zugestellt wurde.

■ **Gardelegen** – Ohne den zunächst angekündigten Redner Christian Worch fand am 12. Juli in Gardelegen eine Kundgebung der „freien nationalen Strukturen Sachsen-Anhalt“ statt. Das Motto der von 100 Rechtsextremisten besuchten Veranstaltung war „Antifa verbieten – gegen linke Gewalt“. Wenige Tage zuvor am 6. Juli führten rund 200 Neonazis in der Landeshauptstadt Magdeburg eine Demonstration unter dem Motto „Linken Terror bekämpfen“ durch. Im Anschluss daran konnten die sie noch ein Konzert der Bands „Vae Victis“ und „Confident of Victory“ in Schönebeck bei Magdeburg besuchen. Die Polizei löste die Musikveranstaltung in einer Gaststätte erst gegen Ende auf, den etwa 120 Anwesenden wurden Platzverweise erteilt. Außerdem wurden nach Angaben der Polizei Musikinstrumente sichergestellt.

■ **Haidmühle-Bischofsreut/Berlin** – Die Gemeinschaft deutscher Frauen (GDF) mit Postfachadresse in Berlin hat in der Pension „Runenhof“ im bayrischen Haidmühle-Bischofsreut ein deutschlandweites Treffen veranstaltet. Ziel der GDF ist die „Rettung der deutschen Mutter und der deutschen Lebensart“. Willkommen sind „politisch aktive oder interessierte Frauen, Mütter, junge erfahrene Mädels, als auch Skingirls“. In den Foren der GDF-Homepage tummeln sich auch Männer. So schreibt ein „Siegfried“ am 4. Juli: „Heil Euch! Ich suche noch eine deutsche Frau! Sie sollte kochen können und blonde Haare, sowie germanisch aussehen! Die Weiber von heute sind ja alle gleich so emanzenmäßig!!!“ Besitzer der Pension „Runenhof“ ist das Ehepaar Wilhelm und Elfriede Lausacker. Beide sind gerngesehene Teilnehmer bei Veranstaltungen des rechtsextremen Freundeskreises Ulrich von Hutten.

■ **Hamburg** – Joachim Siegerist, wegen Volksverhetzung vorbestrafter Vorsitzender des rechtsextremen Vereins Die Deutschen Konservativen (Hamburg), attackiert in seinem aktuellen Rundschreiben vom Juli den einstigen REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber. Den Anlass bietet Schönhubers neu erschienenes Buch „Welche Chancen hat die Rechte?“. Siegerist lästert über Schönhuber: „Er kann nicht in Würde alt werden und möchte in der Politik wieder mitmischen, obwohl ihn eigentlich keiner so recht haben möchte. ... Als Führungsfigur einer 'rechten Sammlungsbewegung' eignet sich dieser Mann ganz gewiss nicht. Die Zeit ist längst über ihn hinweggegangen“. Auch das bereits 1981 erschienene Schönhuber-Buch „Ich war dabei“ sei „erbärmlich“, urteilt Siegerist.

■ **Leipzig** – Das Skandieren der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ ist nach Ansicht des Landgerichts Leipzig keine Straftat. Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen ein Urteil des Amtsgerichts Leipzig war am 12. Juli als unbegründet verworfen worden. Die Parole sei „den Leitlosungen der Waffen-SS und Hitlerjugend nicht zum Verwechseln ähnlich“, wie es Paragraph 86 a des Strafgesetzbuches (StGB) fordere. Demnach muss sich der ehemalige NPD-Aktivist Steffen Hupka nicht vor Gericht verantworten. Als Protest gegen diese Entscheidung brachte ein Leipziger Bürger am 15. Juli ein Schild mit der Parole „Ruhm und Ehre dem Landgericht“ gegenüber dem Justizgebäude an.

■ **Ludwigshafen** – Der Neonazi-Skin-Hooligan Christian Hehl (Szenename „Hehli“) aus Ludwigshafen, NPD-Landesvorstandsmitglied in Rheinland-Pfalz, feiert am 27. Juli an einem bislang unbekannten Ort seinen 33. Geburtstag. Bei der „Geburtstagsfeier“, für die seit Wochen mobilisiert wird, wollen unter anderem die braunen Bands „Celtic Warrior“, „White Law“, „Brigade M“ und „Tollschok“ aufspielen. Nähere Infos werden ausschließlich über die Handy-Nummer des rheinland-pfälzischen NPD-Kaders Sascha Wagner mitgeteilt. Bei der letztjährigen „Geburtstagsfeier“ von Hehli waren 600 Neonazis und Skins aus Westeuropa zugegen. Die nicht genehmigte Versammlung fand auf Schloss Steinach bei Straubing/Bayern statt. Während der NS-Zeit diente das Schloss als höchst geheime Dienststelle der NSDAP. Unter dem Decknamen „Übersee“ verwalteten die Nazis dort ihr Parteiarchiv.

■ **München** – Neuer Schriftleiter des vierteljährlich erscheinenden „Witikobriefes“ (Redaktion: Holger Breit, Christel Huhndorf, Hans-Ulrich Kopp, Karl Spörl) ist Ulrich Lehmkuhler, einst Generalsekretär des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS). Zeitweilig gehörte er der Redaktionsmannschaft der Zeitschrift „Transparenz der Medien“, herausgegeben vom Verein Bürger fragen Journalisten an. In den letzten Jahren zählte Lehmkuhler zur Autorenschaft der rechtsextremen „Staatsbriefe“. Der „Witikobrief“ ist das Organ des revanchistischen Witikobundes, der sich selbst als „nationale sudeten-deutsche Gesinnungsgemeinschaft“ versteht. Im „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ heißt es: „Der Witikobund ist stramm revanchistisch ausgerichtet und verlangt nach einer Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. ... Der Witikobund verbreitet ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, in dem der Einzelne sich dem Volksgan-

zen unterzuordnen hat und Naturgesetze an die Stelle des Humanismus treten.“

■ **Naumburg/Halle** – Die Staatsanwaltschaft Naumburg hat nach jahrelangen Ermittlungen jüngst Anklage gegen Sven Liebich und drei weitere Personen aus Halle sowie Bamberg erhoben. Den vier Rechtsextremisten wird im Zusammenhang mit dem Versandhandel neonazistischer Tonträger und Devotionalien Volksverhetzung, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstoß gegen das Waffengesetz vorgeworfen. Der 30-jährige Liebich betrieb bis Ende der 90er Jahre den „Ultima Tonträgervertrieb“, einen der größten Vertriebe in der Bundesrepublik. In Folge einer Razzia vom November 1998 stellte Liebich seinen Versandhandel ein. Anschließend führten in Leipzig und Halle Personen seines Vertrauens die Ladengeschäfte („Midgard“ und „The Last Resort“). Liebich gehörte der verbotenen neonazistischen Organisation „Blood&Honour“ an und gilt den staatlichen Behörden als „führender Rechtsextremer im Süden“ von Sachsen-Anhalt und mitverantwortlich für das Erscheinen des „Nationalen Beobachters“.

■ **Tregast** – Unter konspirativen Umständen veranstaltet der „Freundeskreis Steinecke“ vom 13. bis 15. September sein Jahrestreffen. Hinter dem „Freundeskreis“ verbirgt sich die „Gemeinschaft ehem. Soldaten der 3. Panzer-Division 'Totenkopf'“, die sich aus einstigen Kameraden der Waffen-SS zusammensetzt. Geladen zu dem Treffen sind auch Gleichgesinnte aus dem europäischen Ausland. Namensgeber des „Freundeskreises“ ist der 1982 verstorbene ehemalige SS-Obersturmbannführer Paul Steinecke. Im Austausch stand Steinecke mit dem Neonazi-Anführer Michael Kühnen. In Kühnens Adressenkartei, die nach seinem Tod im April 1991 an die Öffentlichkeit gelangte, ist auch die Anschrift Steineckes aufgeführt. Ansprechpartner des „Freundeskreises Steinecke“ ist Willi Köhler aus Tregast in Bayern.

■ **Würzburg** – Das rechtsextreme „Deutsche Kolleg“ mit Postfachanschrift in Würzburg hat am 10. Juli eine so genannte „Terrorwarnung“ veröffentlicht. Demnach habe am 11. September 2001 in New York der Dritte Weltkrieg begonnen. Als nächstes stehe jetzt ein Angriff der „US-amerikanischen Kriegsführung gegen die Völker“ bevor, der sich „mit großer Wahrscheinlichkeit in Frankfurt am Main“ ereigne. Gleichzeitig, so orakeln die Autoren, werde Israel „wahrscheinlich die Gele-

genheit nutzen, auf seine arabischen Nachbarn ein paar Atombomben zu werfen.“ Später würde eine von den „Bankjuden dominierte Weltregierung eingesetzt. Erst dann wird das eigentliche Ziel erreicht sein: die unangefochtene jüdische Weltherrschaft.“ Unterzeichnet ist die „Terorwarnung“ des „Deutschen Kollegs“ von Horst Mahler (Berlin), Uwe Meenen (Würzburg) und Reinhold Oberlercher (Hamburg).

Ausland

■ **Österreich (Graz)** – Die österreichische Bundesregierung hat Ilse Dvorak-Stocker, Senior-Chefin des ultrarechten Leopold Stocker Verlages in Graz (BNR 10/97), die den Verlag 45 Jahre geleitet hat, am 1. Juli mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet. Im April war Dvorak-Stocker bereits mit dem „Ulrich-von-Hutten-Preis“ der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) geehrt worden. Mit dieser Auszeichnung wurde das „Bemühen des von ihr geleiteten Verlagshauses um historische Wahrhaftigkeit, um Gerechtigkeit für die Kriegsgeneration und um Bekenntnisfreiheit gegenüber den Geboten der 'politischen Korrektheit' gewürdigt“ – heißt es in der aktuellen Ausgabe der Vierteljahresschrift „Neue Ordnung“, die vom Stocker-Verlag herausgegeben wird. Frischgebackener Autor in der „Neuen Ordnung“ ist der bundesdeutsche Rechtsextremist Karl Richter. Zum regelmäßigen Autorenkreis zählen unter anderem Alfred Schickel (Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt) und Werner Olles (Junge Freiheit).

■ **USA (Washington/DC)** – In seinem E-mail-Newsletter ruft das von der National Alliance kontrollierte Label Resistance Records zur Teilnahme an dem für den 17. August vorgesehenen Rudolf-Hess-Gedenkmarsch im bayerischen Wunsiedel auf. Es wird in dem Aufruf eindringlich darum gebeten, den „normalen Leuten ein sauberes und diszipliniertes Bild der Bewegung“ zu geben. Es sollen unbedingt die jeweiligen Nationalfahnen mitgeführt werden. Als Kontakt ist eine deutsche Mobiltelefonnummer angegeben. Mobilisiert wird auch für die Veranstaltung „Rock Against Isreal“, die am 24. August in Washington, DC, stattfinden soll.

■ **USA (Huntsville/Alabama)** – Der in den USA lebende deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf dokumentiert in Auszügen in der neuesten Ausgabe seiner revisionistischen „Vierteljahresshifte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) zwei Gutach-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 15/2002 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

ten, die in seinem Asylverfahren bei den Einwanderungsbehörden in den USA eingereicht worden seien. Bei den zur Verteidigung Rudolfs in den USA aufgetretenen Gutachtern handelt es sich um den Publizisten Claus Nordbruch, führender Kopf der rechtsextremen Gruppierung Friends of freedom of speech in Südafrika und den Szene-Anwalt Günther Herzogenrath-Amelung, vormals finanzieller Förderer der neonazistischen Nationalistischen Front. Ganz glücklich scheint der Holocaust-Leugner mit der Auswahl seiner Gutachter jedoch nicht gewesen zu sein, denn „beide Autoren berechneten dem politischen Flüchtling Germar Rudolf je etwa 10 000 Euro für ihre Gutachten.“

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.